



Bericht von der Gemeinderatssitzung am 8. Juli 2020

Böhmenkirch kommt finanziell wohl mit blauem Auge davon

Der durch Corona verursachte Einbruch bei den Steuereinnahmen und Finanzaufwendungen kann durch ein Plus bei der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.

Wie Kämmerer Patsch in der letzten Gemeinderatssitzung in seinem Finanzzwischenbericht zur Jahresmitte aufzeigte, wird auch der Haushalt der Gemeinde Böhmenkirch durch die Corona-Krise schwer gebeutelt. Nach den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung wird die Gemeinde Einbußen bei den Steuereinnahmen und Finanzaufwendungen von insgesamt 688.500 Euro haben. Der größte Rückgang mit 392.500 Euro ist dabei beim Einkommenssteueranteil zu verzeichnen, gefolgt von 236.000 Euro bei den Schlüsselzuweisungen. Bei der kommunalen Investitionspauschale muss Böhmenkirch auf 99.000 Euro verzichten, beim Familienlastenausgleich sind es 10.000 Euro. „Zum Glück haben wir in diesem Jahr bei allen Baumaßnahmen bei den Ausschreibungen gute Ergebnisse erzielen können“, meinte Bürgermeister Nägele. Trotz der zu erwartenden Einbußen durch die Corona-Krise kommt die Gemeinde aber mit einem blauen Auge davon. Denn aus heutiger Sicht kann die Gemeinde bei der Gewerbesteuer ein Plus von 750.000 Euro erwarten. Im Haushaltsplan ist ein Planansatz von 2,1 Millionen Euro enthalten, aktuell sind es 2,8 Millionen. „Wir wissen aber nicht, was uns Corona noch bringen wird“, schränkte Kämmerer Patsch ein. Der Ergebnishaushalt aus laufender Verwaltungstätigkeit verläuft bislang noch planmäßig. Bei den Aufwendungen für die Personalausgaben, den Unterhaltungsmaßnahmen und Umlagen (FAG-Umlage, Kreisumlage und Gewerbesteuerumlage) sind keine größeren Ausreißer zu verzeichnen. Allerdings werde die weitere Entwicklung genau beobachtet, und bei Bedarf mit einer Einschränkung bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen reagiert, so der Kämmerer. Bei den geplanten Investitionen wird ein Großteil der bereitgestellten Geldmittel in diesem Jahr nicht mehr abfließen. Laut Haushaltsplan sind für die größten Investitionen wie beispielsweise dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Böhmenkirch, Grundstücksaufkäufe, Breitbandausbau, Straßen- und Feldwegsanierungen sowie dem Straßenbau in den neuen Baugebieten insgesamt 5,27 Millionen Euro bereitgestellt. Bis zur Jahresmitte sind dafür erst 216.000 Euro ausgegeben worden. Derzeit hat die Gemeinde 5,2 Millionen Euro an liquiden Mitteln auf der hohen Kante. Auch der Geschäftsverlauf in den Eigenbetrieben Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung lässt bislang keine großen Abweichungen bei den Einnahmen und Ausgaben erkennen.

Böhmenkirch verzichtet drei Monate lang auf Kindergartengebühren

Von April bis Juni werden den Eltern Gebühren in Höhe von insgesamt 33.7000 Euro erlassen. Aufgrund der Corona-Pandemie waren die Kindergärten in Böhmenkirch ab Mitte März geschlossen. Erst seit dem 29. Juni ist in den Kindertagesstätten wieder ein geregelter Betrieb möglich, wenn auch mit einigen pandemiebedingten Einschränkungen. Nachdem die Kinder drei Monate lang keine Möglichkeit hatten, den Kindergarten zu besuchen, schlug Bürgermeister Nägele dem Gemeinderat am vergangenen Mittwoch vor, dem Beispiel zahlreicher anderer Gemeinden zu folgen, und für die Monate April, Mai und Juni auf die Erhebung von Kindergartengebühren zu verzichten. Durch den Verzicht auf die Elternbeiträge entsteht der Gemeinde ein Einnahmeausfall von 33.700 Euro. Dieser wird jedoch durch die 200 Millionen schwere Soforthilfe des Landes Baden-Württemberg an die Kommunen etwas abgemildert. Böhmenkirch erhält auf Grundlage der Schlüsselzahlen von diesem Soforthilfe-Paket einen Anteil von rund 13.000 Euro, so dass sich der tatsächliche Ertragsausfall bei rund 20.000 Euro bewegen wird. Die Entscheidung des Gemeinderats fiel ohne Diskussion einstimmig aus. Allerdings gilt die Gebührenfreiheit nicht für alle Eltern. Wer in einem systemrelevanten Betrieb ar-



Bericht von der Gemeinderatssitzung am 8. Juli 2020

beitet, und deshalb für seinen Nachwuchs die Notbetreuung in den Kindergärten in Anspruch genommen hat, muss für diese Zeit bezahlen. Allerdings zeigte sich auch hier die Gemeinde äußerst großzügig. Es wird nicht der volle Monatsbeitrag abgerechnet, sondern nur die Tage, an denen das Kind tatsächlich in der Betreuung war. „Eine sozial verträgliche und gerechte Lösung“, meinte Kämmerer Patsch und zeigte auf, dass für die Notbetreuung je nach Kinderzahl in der Familie und Art der Betreuung Tagessätze zwischen 1,05 und 18,25 Euro fällig werden. Die Gemeinde rechnet hierfür mit Gebühren in Höhe von rund 3.500 Euro.

„Warum kann die Gemeinde nicht generell auf die Elternbeiträge verzichten, der Schulbesuch ist schließlich auch kostenlos“, wollte Gemeinderat Philipp Elwert wissen. Wie Kämmerer Patsch erläuterte, wären dies weit über 100.000 Euro pro Jahr. Wenn die Gemeinde auf die Erhebung dieser Einnahmen verzichtet würde, hätte sie in Folge schlechte Karten bei Zuschüssen von Land und Bund. Denn Gemeinden sind generell gehalten, zunächst sämtliche eigene Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen, bevor Zuschüsse beantragt werden. „Die Kindergartenbeiträge können bei der Steuer abgesetzt werden“, gab Gemeinderat Pasold den hilfreichen Ratschlag, und regte an, dass die Verwaltung künftig allen Eltern automatisch eine Bescheinigung über die gezahlten Beiträge ausstellt.

Gemeinde spart beim Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Böhmenkirch auch in der zweiten Vergaberunde

Schon beim ersten Ausschreibungsblock für den Rohbau, den Aufzug und die Blitzschutzarbeiten lag die Vergabesumme rund 140.000 Euro unterhalb der Kostenberechnung des Architekten. Auch die zweite Ausschreibungsrunde lieferte nun ein sehr erfreuliches Ergebnis. Die vom Architekturbüro Ott aus Laichingen veranschlagten Kosten konnten um rund 20.000 Euro unterschritten werden. Dabei sind alle Firmen, die vom Gemeinderat am vergangenen Mittwoch ohne Gegenrede den Auftrag bekamen, als fachkundig und leistungsfähig bekannt. Der Wettbewerb unter den Bietern war groß, insgesamt 38-mal sind die Ausschreibungsunterlagen angefordert worden. „Leider war keine unserer örtlichen Firmen dabei“, wurde von Bürgermeister Nägele bedauert. Den Auftrag für die Elektroinstallation erhält die Firma Starz aus Schwäbisch Gmünd für 257.449 Euro. Das günstigste Angebot für die Lüftungsbauarbeiten hat die Firma Kurfess aus Geislingen mit 99.418 Euro abgegeben. Die umweltfreundliche Pellet-Heizung einschließlich Verrohrung und Heizkörpern wird die Firma Hetzler aus Kuchen für 105.474 Euro installieren. Den Zuschlag für die Sanitärinstallationen bekam die Firma Kraft aus Steinheim zum Angebotspreis von 96.425 Euro.

Aus heutiger Sicht kann der prognostizierte Kostenrahmen von 4 Millionen Euro für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Böhmenkirch eingehalten werden, erklärte Bürgermeister Nägele.

Böhmenkirch will bei Grundstücksverkäufen nicht länger Spielball sein

Für drei Grundstücke neben der Alb-Sporthalle wird durch Satzung ein besonderes Vorkaufsrecht begründet. „Wenn wir auf dem Verhandlungsweg nichts erreichen, müssen wir diesen harten Schritt gehen“, erklärte Bürgermeister Nägele. Im Bereich zwischen Hauptstraße und der Zufahrt zum Gewerbegebiet Hart in Böhmenkirch stehen derzeit Flächen mit einer Größe von insgesamt 4.500 Quadratmetern zum Verkauf. Eines der Grundstücke ist mit einem Wohnhaus bebaut, eine weitere Wiesenfläche liegt direkt neben der Alb-Sporthalle. Um eine künftige Erweiterung des Sportgeländes zu



Bericht von der Gemeinderatssitzung am 8. Juli 2020

ermöglichen, und um sicherzustellen, dass dieses Ziel durch unvorhergesehene Grundstücksverkäufe nicht vereitelt wird, stimmte der Gemeinderat bei einer Enthaltung dem Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 Baugesetzbuch zu. Durch diese Satzung erhält die Gemeinde im Falle eines Verkaufs der Grundstücke ein Vorkaufsrecht. Dem Verkäufer entsteht dadurch im ersten Moment kein finanzieller Nachteil. Anders sieht dies allerdings aus, wenn der Verkaufspreis deutlich über dem Verkehrswert liegt. Dann ist die Gemeinde berechtigt, zum Verkehrswert in den Kaufvertrag einzutreten.

Von Gemeinderat Philipp Elwert wurde es sehr begrüßt, dass die Gemeinde bei Grundstücksverkäufen zum ersten Mal „eine harte Kante“ zeige. Denn die Bauleitplanung müsse in den Händen der Gemeinde liegen, ganz besonders bei einer städtebaulich so wichtigen Fläche.

Kostensätze für ehrenamtliche tätige Einsatzkräfte bei der Feuerwehr werden angepasst

Die Gemeinde kann künftig einen Stundensatz von 19,05 Euro anstatt 17,68 Euro abrechnen. Einer entsprechenden Änderung der Feuerwehr-Kostensatz-Satzung stimmte der Gemeinderat einstimmig zu. Wie Kämmerer Patsch dem Gemeinderat erläuterte, sind Feuerwehreinsätze bei Bränden, öffentlichen Notständen oder der Rettung von Mensch und Tier aus lebensbedrohlichen Lagen grundsätzlich kostenlos. Allerdings gibt es auch Einsätze, die nach dem Feuerwehrgesetz abgerechnet werden können. In solchen Fällen fordert die Gemeinde beim Verursacher die Kosten für den Feuerwehreinsatz ein. Wie Kämmerer Patsch erklärte, ist dies bei rund 30 Prozent aller Einsätze der Fall. Dabei werden dem Verursacher die landesweit einheitlichen Kosten für die Feuerwehrfahrzeuge in Rechnung gestellt, ebenso wie die Kosten für die ehrenamtlich tätigen Einsatzkräfte. Letztere Kosten müssen von jeder Gemeinde in regelmäßigen Abständen selbst kalkuliert werden. In die Kalkulation fließt der Entschädigungssatz für den Verdienstausfall von 14 Euro pro Stunde ein, ebenso wie die Kosten für die Schutzausrüstung, die Aus- und Fortbildungskosten, die vorgeschriebenen regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen, Versicherungsbeiträge und noch vieles andere mehr. Somit ergeben sich Personalkosten pro Stunde und Einsatzkraft in Höhe von 19,05 Euro, die die Gemeinde künftig in Rechnung stellen kann.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Geislingen muss korrigiert werden

Der Gemeinderat hat bereits in seiner Sitzung am 11. März 2020 beschlossen, dem gemeinsamen Gutachterausschuss bei der Stadt Geislingen beizutreten. Dabei wurde dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zugestimmt. Diese Vereinbarung ist zwischenzeitlich von allen Gemeinden des gemeinsamen Gutachterausschusses unterzeichnet worden.

Bedauerlicherweise fiel der Stadt Geislingen erst nach der Unterzeichnung durch die Gemeinden auf, dass in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ein Datumsfehler unterlaufen ist, der noch auf den Vorentwurf aus dem Jahr 2018 zurückzuführen ist. Seinerzeit ging man noch davon aus, die Umsetzung 2019 abschließen zu können. Da die Gutachterausschüsse grundsätzlich immer für vier Jahre einberufen werden, endet deren Amtszeit nicht schon zum 30.06.2023, sondern jetzt erst ein Jahr später zum 30.06.2024. Ohne Aussprache fiel die Zustimmung zur Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung einstimmig aus.



Bericht von der Gemeinderatssitzung am 8. Juli 2020

Ergänzung der Beschilderung an den Feldwegen in der Gemeinde Böhmenkirch

Bereits in der Sitzung am 27. Mai hat sich der Gemeinderat eingehend mit dem Vorschlag der Verwaltung auseinandergesetzt, die bestehende Beschilderung der Feldwege an einigen Stellen zu ergänzen (beispielsweise sollte nach Ansicht der Verwaltung der Patriz-Weg in beiden Richtungen gesperrt werden, derzeit darf dieser aus Richtung Patriz-Kapelle bis zum Wasserhochbehälter befahren werden, ebenso wurde ein Sperrschild am Lauchenweg in Heidhöfen angeregt). In letzter Zeit häufen sich im Rathaus die Beschwerden über das unerlaubte Befahren der Feldwege. Die Bußgeldstelle beim Landratsamt kann diese Ordnungswidrigkeit nur dann ahnden, wenn am Feldweg ein Sperrschild steht (Verbot für Kraftfahrzeuge und Krafträder mit dem Zusatz, dass land- und forstwirtschaftlicher Verkehr frei ist). Bereits im Jahr 2005 hat die Gemeinde eine große „Beschilderungsaktion“ gemacht, und rund 40 Sperrschilder aufgestellt. Da das Feldwegenetz der Gemeinde aber mehr als 250 Kilometer aufweist, kamen die Schilder nur an solche Wege, welche gerne als „Abkürzung“ benutzt werden, von klassifizierten Straßen abgehen, oder wo Fußgänger und Radfahrer besonders gefährdet sind. Nach längerer Grundsatzdiskussion über das Für und Wider konnte sich der Gemeinderat am 27. Mai zu keiner Entscheidung durchringen. Die Verwaltung wurde aufgefordert, zunächst aufzuzeigen, wo bereits Schilder stehen, und was die neuen Schilderstandorte kosten werden. Die Verwaltung hat ihre Hausaufgaben gemacht, und alle bestehenden Schilderstandorte in Übersichtspläne eingezeichnet. Außerdem wurden die Kosten für neue Schilder ermittelt. Ein neuer Schilderstandort schlägt mit Kosten von 395 Euro zu Buche für den Kauf der Verkehrszeichen, die Schilderstange samt Bodenhülse, das Befestigungsmaterial, den Beton, die Entsorgung des Bodenaushubs, die Fahrzeugkosten sowie die Arbeitszeit. Nach längerer Diskussion lehnte der Gemeinderat den Verwaltungsvorschlag mit 4:11 Stimmen ab (bei 2 Enthaltungen). Das heißt, dass zu den vorhandenen keine neuen Schilder hinzukommen werden. Die Meinungen im Gemeinderat reichten von „alle Schilder müssen weg, die Gemeinde bekommt beim unerlaubten Befahren eh kein Bußgeld“, bis zur Ansicht, dass der überörtliche Schleichverkehr durch eine gute Beschilderung in Schach gehalten werden könne.

Klares Bekenntnis der Kreissparkasse zum Standort Böhmenkirch

In den vergangenen Monaten hat die Kreissparkasse Göppingen nach eigenen Angaben ein umfangreiches Konzept erarbeitet, um auf die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, aber auch die Erwartungen der Kundschaft zu reagieren. Entstanden sind auf diese Weise neue Filialtypen mit neuen Zuständigkeiten und Angeboten. Wie die Kreissparkasse der Gemeinde Böhmenkirch mitgeteilt hat, wird sich an den Öffnungszeiten der Filiale in Böhmenkirch nichts ändern. Sie bleibt wie bisher von Montag bis Freitag am Vormittag und nach einer Mittagspause auch nachmittags geöffnet. Mittwochnachmittags ist sie weiterhin geschlossen. Lediglich die klassische Kassenfunktion wird aufgehoben. Die Ein- und Auszahlung von Bargeld ist somit nur noch über den Geldautomaten möglich. Bürgermeister Nägele freute sich bei der Bekanntgabe im Gemeinderat am vergangenen Mittwoch sichtlich über das klare Bekenntnis der Kreissparkasse zum Standort Böhmenkirch.

Verschiedenes:

- Die Gemeinde kauft bei der Firma Kugelmann aus Rettenbach für 18.742 Euro einen Salztreuer. Dieser wird künftig aber nicht neben dem Pfefferstreuer auf dem Tisch stehen, sondern am Fendt-Geräteträger des Bauhofs im Winterdienst zum Einsatz kommen. Bereits im



Bericht von der Gemeinderatssitzung am 8. Juli 2020

letzten Winter war bei der Gemeinde ein solcher Streuautomat als Mietgerät im Einsatz, und hat sich durch seine kompakte Bauweise und die gute Handhabung gegen vier Mitbewerber durchsetzen können. Gemeinderat Marco Kühn sprach dem Bauhofleiter Bruno Lenz in diesem Zusammenhang ein großes Lob für den detaillierten und kenntnisreichen Gerätevergleich aus.

- Die Böhmenkircher Firmen, Vereine und Bürger haben wieder ihr großes Herz gezeigt, und der Gemeinde im ersten Halbjahr die stolze Summe von 4.550 Euro gespendet. Der größte Anteil von rund 3.800 Euro war dabei für das Kinderfest bestimmt, welches in diesem Jahr wegen Corona nicht stattfinden kann. Geplant ist aber eine Durchführung im kommenden Jahr, so dass die Spenden trotzdem ihrem zugedachten Zweck zufließen können. Weitere Spenden gingen ein für das Bürgermobil, den Weihnachtsmarkt, die Jugendförderung sowie die verlässliche Grundschule Treffelhausen. Eine Spende in Höhe von 10 Euro für die Aktion Loipe war sicherlich mit viel Hoffnung auf den nächsten Winter verbunden. Der einstimmige Beschluss des Gemeinderats, die Spenden anzunehmen und ihrem zugedachten Zweck zuzuführen, war am Ende reine Formsache. Bürgermeister Nägele sprach den zahlreichen Spendern ein großes Dankeschön für ihre Großzügigkeit aus. Denn viele Freiwilligkeitsleistungen der Gemeinde wären ohne Spenden gar nicht möglich.

Bürgermeisteramt Böhmenkirch